



Wärmedämmung von Wohnhäusern ist ein Mittel zum Energiesparen, das laut Experten noch viel zu selten genutzt wird.

FOTO: IMAGO

WAZ v. 21.08.14

Schlechte Noten für Energiewende

Rechnungshof kritisiert scharf das Organisations-Wirrwarr in früherer Regierung Merkel. EU droht Deutschland Klage an, weil zu wenig Energie eingespart wird

Von Frank Meßing

Essen. Die Bundesregierung bekommt von unterschiedlicher Seite schlechte Noten für das Management der Energiewende. Der Bundesrechnungshof kritisiert, dass Kanzlerin Angela Merkel bis heute „keinen hinreichenden Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende“ habe. Und eine Studie kommt zu dem Schluss, dass viel mehr Energie eingespart werden könnte. Weil Deutschland hinter den von der EU erlassenen Einsparzielen zurück bleibt, droht Kommissar Günther Oettinger der Bundesregierung mit einer Klage.

Organisations-Wirrwarr

Aus dem als ungewöhnlich scharf empfundenen Bericht des Rechnungshofs zitiert die „Süddeutsche Zeitung“. Danach belaste die Energiewende den Bundeshaushalt „jährlich im zweistelligen Milliardenbereich“. Darin eingerechnet seien alle Förderprogramme etwa für die Gebäudesanierung, aber auch für die Forschung.

Der Rechnungshof legt zudem den Finger in die Wunde des Kompetenz-Wirrwarrs, das noch zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition entstanden sei. So seien 2010 sechs

Ministerien mit der Energiepolitik befasst gewesen. Im Jahr darauf, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, hätten „unabhängig voneinander“ vier Ministerien Gutachten in Auftrag gegeben. Dies zeige, so die Rechnungsprüfer, „dass den Bundesministerien und damit auch der Bundesregierung ein umfassender Überblick über die von ihnen selbst eingeleiteten Maßnahmen fehlt“. Die mangelnde Koordination dokumentiere auch, dass Wirtschafts- wie Umweltministerium Internetportale zum Energiesparen anböten.

„Bundesregierung fehlt ein umfassender Überblick.“

Bundesrechnungshof zur Energiewende in Deutschland

Nach Berechnungen des Rechnungshofs befassen sich bei Bund und Ländern 24 Gremien mit der Energiewende. Diese Vielzahl „erschwert ein inhaltlich abgestimmtes und zielführendes Handeln“. Die Bundesregierung wies die Kritik gestern zurück. Der Bericht überzeichne die Belastungen, verzichte aber auf eine „ökonomische,

soziale und ökologische Gesamtbewertung“, hieß es im Haus von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD).

Heizkosten

Dass Deutschland viel mehr Energie einsparen kann als bislang, beweist auch das Modellvorhaben „Bewusst heizen, Kosten sparen“, das Deutsche Energie-Agentur (Dena), Ista, Deutscher Mieterbund und Bundesumweltministerium auf den Weg gebracht haben. 140 Haushalte in Essen, Berlin und München erhalten bis Mitte 2016 ihre Heizungsabrechnung monatlich. In der ersten Heizperiode 2013/14 sparten sie dadurch nach Angaben der Dena neun Prozent ein. Allerdings wurde den Teilnehmern des Versuchs auch eine Reihe von Spartipps mit an die Hand gegeben.

Stromrechnungen

Übersichtlichere Rechnungen könnten überdies den Stromverbrauch in Deutschland um 2200 Gigawattstunden drosseln. So viel Strom entfällt auf rund 600 000 Haushalte jährlich. Zu diesem Ergebnis kommt der Energiedienstleister Opower, aus dessen Studie das „Handelsblatt“ zitiert.

Ärger mit der EU

Unter dem Strich schöpft Deutschland also nicht die Sparmöglichkeiten aus, die zur Verfügung stehen. Das hat am 11. August die EU-Kommission auf den Plan gerufen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger leitete gegen die Bundesrepublik und 23 weitere Länder ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Nach Angaben der Kommission gelingt es Deutschland nicht, den Energieeinsatz wie EU-weit gefordert jährlich um 1,5 Prozent zu senken. Setzen die kritisierten Staaten die Energie-Richtlinie nicht bis zum 22. September um, kann die Kommission vor den Europäischen Gerichtshof ziehen.

20-Prozent-Sparziel bis zum Jahr 2020

■ Die EU-Richtlinie zur Energieeffizienz gilt seit Dezember 2012. Sie schreibt den Mitgliedsstaaten vor, ihre Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu erhöhen.

■ Um den Klimawandel zu bremsen, plant die EU ein 30-Prozent-Sparziel bis 2030.